**Wahlprüfsteine –**

**Anfragen an die Parteien vor der Landtagswahl im März 2022**

***An die Fraktionen im Saarländischen Landtag***

***Landtag des Saarlandes***

***Franz-Josef-Röder-Straße 7***

***66119 Saarbrücken***

***Sehr geehrte Damen und Herren,***

***der Saarländische Lehrerinnen- und Lehrerverband unterbreitet Ihnen einen Fragenkatalog, mit dem wir die Vorstellungen Ihrer Partei zur zukünftigen Schul- und Bildungspolitik erfahren wollen. Wir bitten Sie um Stellungnahme bis 31.01.2022. Ihre Antworten werden wir für unsere Mitglieder unkommentiert und ohne jegliche Wertung in unserer Verbandszeitschrift und auf unserer Homepage veröffentlichen.***

***Mit freundlichen Grüßen***

***Lisa Brausch, Landesvorsitzende***

***(Anmerkung: Die FDP hat die Fragen nicht entsprechend unserem Fragenkatalog beantwortet, sondern allgemein zu den jeweiligen Themenkomplexen. Ihre Antwort wird daher vor den einzelnen Fragen veröffentlicht. Ebenso hat Die Linke teilweise zu den jeweiligen Themen Stellung genommen. Es folgen die Antworten in der Reihenfolge CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, bunt.saar)***

***1. Allgemeine Forderungen***

*Die Coronapandemie hat es in aller Eindringlichkeit an den Tag gebracht, welche Rolle die Schulen in unserer Gesellschaft spielen. Der Begriff der Systemrelevanz der Schulen ist in aller Munde. Schulleitungen und Lehrkräfte haben in dieser besonders schwierigen Zeit große Herausforderungen gemeistert und sind dabei an ihre eigenen Grenzen gegangen. Eine Anerkennung dieser besonderen Leistungen ist allerdings bis jetzt noch nicht erfolgt.*

**FDP**

Der Lehrerberuf muss insgesamt attraktiver gestaltet werden. Ein attraktives Gehalt gehört hier ebenso dazu wie eine Entlastung von unterrichtsfremden Aufgaben oder eine vernünftige Fort- und Weiterbildung. Der Umstand, dass Junglehrer lange auf ihr erstes Gehalt warten müssen, ist nicht hinnehmbar und auch nicht sachlich erklärbar. Dies wollen wir ändern. Lehrkräfte hatten wie viele andere Berufsgruppen auch eine hohe Belastung während der Pandemie. Das gilt es anzuerkennen.

**Die Linke**

Für uns LINKE haben Kitas und Schulen oberste Priorität und brauchen - gerade in dieser schwierigen Zeit - besonders viel Schutz und Unterstützung.

Leider musste erst eine Pandemie kommen, um die Defizite im System Schule an den Tag zu bringen - nämlich: fehlendes Personal, Ressourcen zu eng auf Kante genäht, massiver Sanierungsstau, zu große Klassen, die Unterricht auf Abstand kaum möglich machen und mangelnde digitale Strukturen.

Die durch den Unterrichtsausfall in der Corona-Krise entstandenen Rückstände werden nicht in ein paar Monaten einfach so verschwinden. Ein 'weiter so wie immer' kann angesichts von erfolgten und wieder möglichen Schulschließungen, von Home-Schooling, das viele vor allem aus einkommensschwachen Familien nicht erreicht, und Quarantänezeiten keine Lösung sein. Die entstandenen Lerndefizite müssen so ausgeglichen werden, dass Kinder, Jugendliche und ihre Lehrkräfte nicht für eine Situation bestraft werden, für die sie nichts können.

Die Lehrerinnen und Lehrer sind mit Blick auf die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs überproportional belastet. Hier braucht es Lösungen. Das geht nicht mit befristeten und teilweise von Studierenden oder über schulformfremde Lehrkräfte besetzten Lehrerstellen. Es braucht insgesamt kleinere Klassen und unbefristete Lehrerstellen.

Hier ist auch der Bund in der Pflicht, für die Bewältigung der Folgen der Pandemie an unseren Schulen viel mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Zur Lösung braucht es insgesamt politische Antworten und wirksame Maßnahmen.

Deshalb fordern wir einen krisenfesten „Bildungsfonds“ aus Bundes- und Landesmitteln zur Finanzierung von mehr festen Stellen, für Räumlichkeiten und flächendeckende Luftfilteranlagen u. a. an allen Schulformen - zur Beendigung des Sanierungsstaus und für bessere Rahmenbedingungen an unseren Schulen.

* ***Wie steht Ihre Partei dazu, den Lehrkräften aufgrund der besonderen Belastungen in der Coronapandemie eine Prämie zukommen zu lassen?***

**CDU**

Wir begrüßen eine solche Prämie und sind daher erfreut, dass diese in den Tarifverhandlungen der Länder auch so beschlossen wurde. Wir werden im Landtag des Saarlandes daher auch für das notwendige Gesetz zur Übertragung des Tarifabschlusses auf die Besoldung der verbeamteten Lehrer stimmen und es damit verabschieden.

**SPD**

Eine Prämie durch eine steuerfreie Einmalzahlung i.H. v. 1.300 € wurde durch die Tarifparteien vereinbart und auch für Beamtinnen und Beamte analog angewendet.

**Die Linke**

Die Beschäftigten erhalten nun 1300 Euro steuer- und abgabefrei als Corona-Sonderzahlung. Die Arbeitgeber waren aus unserer Sicht aber leider nicht bereit, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in der Corona-Krise gerecht zu werden. Wir haben uns als LINKE mehr für die Betroffenen erhofft. Die saarländischen Beamtinnen und Beamten – auch im Lehrerberuf – mussten sowieso die geringsten Einkommenszuwächse im Ranking der Länder hinnehmen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Diese Forderung unterstützen wir voll und ganz. Die Lehrerinnen und Lehrer waren während der Corona-Pandemie hohen Belastungen ausgesetzt. Bildung und Erziehung voranzubringen ist ein wichtiger Beitrag für eine soziale und inklusive Gesellschaft. Diesen Beitrag leisten unsere Lehrerinnen und Lehrer täglich unter (nicht nur) pandemiebedingt immer schwieriger werdenden Bedingungen.

**bunt.saar**

Im Gegensatz zu den Gehältern der Pflegekräfte im Gesundheitsdienst und vor dem Hintergrund der Eingruppierung von Lehrkräften sehen wir keine Veranlassung, eine coronabedingte Prämie für Lehrer:innen zu zahlen.

* ***Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Schulen von außerunterrichtlichen Aufgaben entlastet werden und sich ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Bildungs- und Erziehungsauftrag, wieder intensiver widmen können?***

**CDU**

Wir setzen uns für den Einsatz von Unterrichtsassistenten ein. Diese sollen Lehrkräfte von den zahlreichen bürokratischen Aufgaben (z.B. statistischen und dokumentarischen Tätigkeiten) und organisatorischen Aufgaben (z. B. die Vorbereitung von Schulreisen etc.) entlasten. Des weiteren werden die bisherigen bürokratischen Abläufe wie statistische Abfragen, Dokumentationspflichten usw. insgesamt auf den Prüfstand gestellt. Hier muss es Reduzierungen und effizientere Abläufe geben.

**SPD**

Wir werden Lehrkräfte von administrativen Aufgaben durch die Digitalisierung von Prozessen im Rahmen der Digitalen Einheitlichen Schulverwaltung (DESC) entlasten. Gleichzeitig werden wir in Zusammenarbeit mit den Schulträgern eine zeitliche Aufstockung des Verwaltungspersonals anstreben. Durch den grundsätzlichen Aufwuchs an multiprofessionellen Teams sorgen wir für eine personelle Verstärkung und folglich Entlastung der Lehrkräfte.

**Die Linke**

Hier braucht es definitiv mehr Personal, nämlich mehr Verwaltungskräfte, funktionierende und personell gut besetzte multiprofessionelle Teams, mehr Unterstützungspersonal, mehr Schulsozialarbeit, mehr Integrationshilfe etc.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Das geht nur, wenn ausreichend Personal vieler Professionen in den Schulen tätig ist, das die unterschiedlichen Aufgaben erledigen kann. Pausenaufsichten und Aufsichten in unterrichtsfreien Zeiten z.B. müssen nicht zwingend von Lehrer\*innen durchgeführt werden. Für zusätzliche Aufgaben, die die Schulentwicklung, Eltern- oder Beratungsarbeit betreffen, muss es Entlastungsstunden geben. Hier müssen auch die Schulträger gestärkt werden, damit sie in der Lage sind, zusätzliches pädagogisches Personal zur Verfügung zu stellen. Wir denken hier gerade an die Herausforderungen der Digitalisierung.

**bunt.saar**

Vor allem im GS-Bereich braucht es verlässliche Verwaltungsstrukturen. Wir halten es für unzumutbar, dass Verwaltungsarbeiten von Schulleiter:innen der GS erledigt werden müssen, weil diese nur stundenweise über eine Sekretariatskraft verfügen. Daneben braucht es auch an GS feste Schulsozialarbeiter:innen.

* ***Welche Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheit der Lehrkräfte sind nach Ihrer Auffassung erforderlich?***

**CDU**

Wir werden weitere Verkleinerungen der Klassengrößen auf den Weg bringen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Möglichkeit von Fortbildungsmaßnahmen ein, die explizit auch den Themen physische und psychische Gesundheit gewidmet sind, v.a. auch im Hinblick auf den Präventionsgedanken.

**SPD**

Zur Stärkung der Lehrergesundheit werden wir ein Zentrum für Arbeitssicherheit und Lehrkräftegesundheit an dem Bildungscampus etablieren. Mit einer Bündelung aller Beteiligten in einem Kompetenzzentrum werden wir das Thema Lehrkräftegesundheit in allen Phasen der Lehrerbildung sowie des Arbeitsalltages implementieren.

**Die Linke**

Wir fordern ein sofortiges umfassendes Maßnahmenschutzpaket für die Schulen mit einer umgehenden engmaschigeren Teststrategie, mit einem flächendeckenden Einsatz von Luftfiltergeräten in allen Schulen und den Räumen der Ganztagsbetreuung sowie umgehend verstärkte Schutzmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte, für die Erzieherinnen und Erziehern und die Beschäftigten in den saarländischen Schulen.Dafür sind aber tägliche Tests notwendig und darüber hinaus zuverlässige PCR-Tests. Lehrkräfte müssen auch im Hinblick auf PCR-Tests unter die Priorisierung fallen. Auch eine Rückkehr zu kleinen, geschlossenen Gruppen muss wieder ins Auge gefasst werden genauso wie der Einsatz von mobilen Impfteams für die Lehrkräfte sowie die kostenlose flächendeckende Ausgabe von FFP2-Masken in ausreichender Anzahl an allen Schulen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die Gesundheit der Lehrkräfte wird vor allem durch die steigenden Herausforderungen im Schulalltag sehr stark belastet. Durch eine größere schulische Personaldecke, die die wachsenden Aufgaben angehen kann. kann die Lehrergesundheit des Einzelnen geschont werden. Darüber hinaus müssen Lehrkräfte die Möglichkeit erhalten, durch ein breites Angebot an gesundheitliche Präventionsmaßnahmen ihre Arbeitskraft zu erhalten. Auch die Stärkung der Rolle des Personalrates ist wichtig.

**bunt.saar**

Der Lärmschutz an Schulen muss ausgebaut werden. Es braucht mehr Zeit und Raum zur gemeinsamen Unterrichtsvorbereitung. Es braucht mehr Fortbildungsangebote zur Stärkung der Lehrer:innen-Gesundheit in Form von Pädagogischen Tagen.

* ***Wie steht Ihre Partei dazu, dass Junglehrer nach ihrer Festanstellung zum Teil monatelang auf ihr Gehalt warten müssen?***

**CDU**

Diese teilweise auftretenden Probleme sind uns bekannt und wurden im Herbst 2021 in einer Bildungsausschusssitzung thematisiert und problematisiert. Wir werden die Zusage der Landesverwaltung, diese Probleme zügig abzuarbeiten, weiterhin kontrollieren.

**SPD**

Als SPD stehen wir für guten Lohn für gute Arbeit. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Gehälter pünktlich und korrekt ausgezahlt werden. Dort, wo bürokratische Prozesse in Einzelfällen zu einer Verzögerung der Gehaltszahlung geführt haben, werden wir die Prozesse prüfen, effizienter gestalten und das dafür notwendige Personal einstellen.

**Die Linke**Das haben wir LINKE im Bildungsausschuss des Landtages zum Thema gemacht. Es ist nicht akzeptabel, dass es wegen Personalmangels im Bildungsministerium und bei der Zentralen Besoldungsstelle des Saarlandes ZBS zu Verzögerungen in dieser hochsensiblen Angelegenheit kommt. Es braucht eben mehr Personal, damit dieser Missstand schnell abgestellt werden kann.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Hier müssen die administrativen Strukturen in der ministerialen Verwaltung unverzüglich so angepasst werden, dass dies zukünftig nicht mehr geschieht.

**bunt.saar**

Das erachten wir als einen absolut nicht hinnehmbaren Zustand.

* ***Wie sorgen Sie für attraktivere Funktionsstellen in den Schulen?***

**CDU**

Wir möchten die Attraktivität von Funktionsstellen verbessern. Für eine verbesserte Qualität ist ein schnelleres Besetzungsverfahren unumgänglich. Daher möchten wir dafür Sorge tragen, dass Besetzungsverfahren für Funktionsstellen deutlich zügiger erfolgen. Es ist uns gerade im Bereich der Grund- und Förderschulen ein großes Anliegen, dass auch die Anzahl der Deputatsstunden erhöht wird.

**SPD**

Wir sorgen für eine Angleichung der Funktionsstellenstruktur zwischen Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Wir werden den Schulleitungen grundsätzlich in allen Schulformen eine stellvertretende Schulleitung angliedern. Gleichzeitig werden wir die Leitungszeit ausweiten, damit genügend Arbeitszeit für die Leitungsaufgaben zur Verfügung steht.

**Die Linke**

Es ist für uns völlig klar und eine langjährige Forderung, dass Funktionsstellen zügig besetzt werden müssen, um die Bildungsqualität an den Schulen zu sichern und weiterzuentwickeln.

Die Lage im Hinblick auf unbesetzte Funktionsstellen im Schulbereich spitzt sich schon lange zu und muss gelöst werden. Es ist für die Schulen wichtig, dass die Stellen möglichst schnell und kompetent besetzt werden können.

Das Anforderungsprofil an Leitungsfunktionen hat sich über die Jahre enorm verändert. Die Aufgaben, die auf Funktionsstellen zu leisten sind, sind ständig erweitert worden, offensichtlich ohne den Umfang der verbleibenden Unterrichtsverpflichtung in dem Maße zu reduzieren, dass Leitungsaufgaben auch verantwortlich bewältigt werden können. Hier gilt es, bessere Perspektiven und Rahmenbedingungen zu schaffen:

- Die Stellen müssen zeitnah ausgeschrieben werden, damit Neubesetzungen nicht verzögert werden - Einsparungen durch die Hintertür sind mit Blick auf die Herausforderungen an den Schulen nicht vertretbar.

- Es muss dafür Sorge getragen werden, dass den Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern ein angemessenes Zeitbudget zur Verfügung gestellt wird.

- Schulen, die besondere Aufgaben erledigen und nachweislich einen erhöhten Koordinationsaufwand haben, sollten zusätzliche Funktionsstellen erhalten.

- Dem Trend, zunehmend befristete Arbeitsverträge statt fester Planstellen für Lehrkräfte anzubieten, ist insgesamt entgegenzuwirken, um verstärkt Anreize für den Lehrerberuf zu schaffen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Funktionsstellen an den Schulen können für Lehrkräfte nur attraktiv sein, wenn die Unterrichtsbelastung deutlich gesenkt wird und das Arbeitsfeld klar umrissen ist. Zusätzlich muss dafür eine angemessene Entlohnung bereitstehen. Das Auswahlverfahren sollte überarbeitet und die Möglichkeiten einer Beratung im Bewerber\*innenverfahren ausgeweitet werden.

**bunt.saar**

Funktionsstellen müssen mit einer geringeren Unterrichtsverpflichtung und einer attraktiven Besoldung einhergehen.

* ***Welche Möglichkeit der Entlastung der Kolleginnen und Kollegen, die sich vor dem Ruhestand befinden, ziehen Sie in Erwägung (z. B. Altersteilzeit wie in Rheinland-Pfalz, Ausweitung der Altersermäßigung)?***

**CDU**

Wir würden eine Ausweitung der Altersermäßigung begrüßen und werden uns unter Berücksichtigung der Haushaltssituation des Landes dafür einsetzen.

**SPD**

Möglichkeiten zum flexiblen und individuellen Ruhestandseintritt stehen wir offen gegenüber und werden konkrete Maßnahmen zusammen mit den Interessenvertretungen und Gewerkschaften prüfen.

**Die Linke**

Rheinland-Pfalz hat als unser Nachbarland oftmals bildungs- und schulpolitisch die Nase vorn. Seit vielen Jahren ist die Altersteilzeitregelung für beamtete Lehrerinnen und Lehrer dort ein Erfolgskonzept. Es trägt der beruflichen Lebensrealität Rechnung und ermöglicht es älteren Lehrkräften gleitend aus dem Berufsleben ausscheiden. Diese Möglichkeit begrüßen wir, denn sie ist auch ein Zeichen der Anerkennung und der Wertschätzung gegenüber der Leistung unserer Pädagoginnen und Pädagogen.

Das Land müsste es als Gesetzgeber ermöglichen, entweder die Arbeitszeit zu reduzieren oder in einem sogenannten Blockmodell die aktive Tätigkeit vorzeitig beenden zu können.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Lehrkräfte, die sich vor dem Ruhestand befinden, sollten die Möglichkeit zu einer Arbeitsteilzeit wie in Rheinland-Pfalz erhalten.

**bunt.saar**

Im Modell der Altersteilzeit, die durchaus ausgeweitet werden kann, aber auch in der Einführung von Langzeitarbeitskonten.

***2. Grundschule***

*Die Grundschule ist das Fundament schulischer Bildung, zu deren Aufgaben es gehört, alle Schülerinnen und Schüler ihren Begabungen entsprechend zu fördern und zu fordern und ungleichen Bildungschancen zu begegnen. Durch die Einführung der Inklusion und die hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern ohne ausreichende Deutschkenntnisse sowie durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellt sich die Schülerschaft in den Grundschulen heterogener denn je dar. Dies erfordert einen immer stärker individualisierenden Unterricht mit hohem Vorbereitungsaufwand. Individuelle Förderung gestaltet sich in den teilweise zu großen Klassen äußerst schwierig. Deshalb wertet der SLLV es als ersten richtigen Schritt, dass der Klassenteiler in den ersten Klassen auf 25 reduziert wurde, wenngleich das nur ein Anfang sein kann.*

*Neben den eigentlichen Aufgaben des Unterrichtens und Erziehens haben sich die Aufgaben der Grundschullehrkräfte in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Hier sind zum Beispiel der ständig umfangreicher werdende Dokumentationsaufwand und die zahlreichen hinzugekommenen Aufgaben durch die Pandemie zu nennen wie Durchführung von Tests, Kooperation mit Gesundheitsamt sowie die Umsetzung der Hygienevorgaben. Diese Arbeitsverdichtung gefährdet die Gesundheit der Lehrkräfte. In absehbarer Zeit werden weitere Aufgaben auf die Grundschulen zukommen wie z.B. die Umsetzung der Digitalisierung, weitere Aufholprogramme und Ausweitung der individuellen Förderung.*

*Trotz dieses hohen Anspruchs der individuellen Förderung und der vielfältigen Aufgaben werden für die Grundschulen im Saarland nicht nur im Vergleich zu den anderen Schulformen, sondern auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern die geringsten finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. So haben Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen immer noch die höchste Unterrichtsverpflichtung von 28 Wochenstunden im Vergleich mit den anderen Schulformen. Außerdem haben sie im Vergleich mit diesen auch die geringste Besoldung. Auch was die Struktur und Ausgestaltung der Schulleitung angeht, stellt die Grundschule das Schlusslicht dar. Dies hat zur Folge, dass es immer schwieriger wird, vakante Stellen im Bereich der Schulleitung zu besetzen, da sich wegen der schwierigen Arbeitsbedingungen immer weniger geeignete Kandidatinnen und Kandidaten bewerben. Trotz dieser Tatsache wurde die Funktionsstellenstruktur der Grundschule immer noch nicht an die der anderen Schulformen angepasst.*

*Ein weiteres Problemfeld zeigt sich bei der Personalsituation. Im gesamten Bundesgebiet gibt es einen Mangel an ausgebildeten Grundschullehrerinnen und -lehrern. Dies stellt das Saarland vor besondere Herausforderungen.*

**FDP**

Wir Freie Demokraten wollen die Grundschule für Lehramtsstudenten attraktiver machen. Darüber hinaus sind weitere Anstrengungen bei der Besetzung von Leitungspositionen notwendig. Dazu gehört auch eine bessere Bezahlung. Wir wollen, dass Leitungspersonal an Grundschulen angemessen bezahlt und durch Deputatstunden entlastet wird. Außerdem soll der Klassenteiler auf 20 abgesenkt werden. Einem erstklassigen Unterricht an Grundschulen kommt für die weitere Schullaufbahn der Kinder eine zentrale Rolle zu. In keiner anderen Schulform sind die Schüler heterogener als in der Grundschule, dennoch werden Grundschullehrer schlechter bezahlt und haben weniger Entlastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten. Daher ist die Grundschule für viele angehende Pädagogen unattraktiv. Dies wollen wir ändern.

**Die Linke**

Für uns gilt: Grundschulen stärker machen und Lehrkräfte spürbar entlasten.

Die Grundschule ist die wichtigste Schule und braucht zur Überwindung ungleicher Bildungschancen die besten Bedingungen. Grundschulen stehen als inklusive Schulen durch die Auswirkungen der Pandemie und eine vielfältige Schülerschaft vor besonderen Herausforderungen.

***● Wie sieht Ihre Partei die Weiterentwicklung der Grundschule mit ihrer heterogenen Schülerschaft - auch im Hinblick auf die vergleichsweise geringen Finanzmittel für diese Schulform? Wie werden Sie mit dafür Sorge tragen, dass die Schulen mit multiprofessionellen Teams ausgestattet werden, damit Lehrkräfte sich wieder verstärkt ihren eigentlichen Aufgaben widmen können?***

**CDU**

Schon in dieser Legislaturperiode wurden 5 Mio. € zur Ausweitung der Schulsozialarbeit von der CDU-geführten Landesregierung zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass an allen Schulformen deutlich mehr Schulsozialarbeiter und damit auch an den Grundschulen eingestellt werden können.

Des weiteren haben wir schon in der jetzt laufenden Legislaturperiode in zwei Landkreisen – in Saarlouis und in St. Wendel – erste Modellversuche mit multiprofessionellen Teams gestartet. Diese möchten wir auf jeden Fall in die Fläche ausweiten. Dabei ist es uns wichtig, dass die Themen Schulpsychologie und Gesundheitsprävention auch durch zusätzliches Fachpersonal abgebildet werden.

**SPD**

Starke Kinder brauchen eine starke Grundschule. Gerade kleine Systeme wie unsere Grundschulen brauchen weitere Unterstützung. An Grundschulen legen wir die maximale Klassengröße auf 25 Kinder fest und streben darüber hinaus kleinere Klassen an. Gleichzeitig schaffen wir eine echte Leitungszeit für Grundschulleitungen. Den Herausforderungen der Digitalisierung und individuellen Förderung der Kinder, sowie einer abgestimmten Schulentwicklung mit Eltern und in multiprofessionellen Teams wollen wir dadurch begegnen, dass Grundschulen in diesem Bereich schrittweise eine zeitliche Entlastung erhalten, um ihre Schule für die Zukunft weiterentwickeln zu können.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Der bürokratische Aufwand zum Erhalt einer Integrationshilfe muss reduziert werden. Die Stunden für Schulsozialarbeit müssen deutlich erhöht werden. Jeder Grundschule sollte eine Schulsozialarbeiterin mit voller Stundenzahl zur Verfügung stehen, die sowohl präventiv als auch reaktiv tätig sein soll. Die Rechte der Schulsozialarbeit sollen sowohl im Schulordnungsgesetz als auch im Schulmitbestimmungsgesetz festgelegt sein.

**bunt.saar**

**● *Welche Möglichkeiten der dringend erforderlichen Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen ziehen Sie in Erwägung?***

**CDU**

Wir wollen die Verkleinerung der Eingangsklassen über die Pandemie hinaus sichern. Eine weitere Entlastung sehen wir im von uns wieder aufgenommenen System der Sprachförderklassen. Die gezielte zusätzliche Förderung der Schülerinnen und Schüler mit Sprachförderbedarf reduziert die Heterogenität innerhalb der Klassen und erleichtert daher die pädagogische Arbeit der Grundschullehrer. Wir möchten in der nächsten Legislaturperiode weitere Sprachförderklassen einrichten, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.

Weiterhin planen wir die Wiedereinführung der Schulkindergärten. Sie ermöglichen eine gezielte Förderung der noch nicht schulreifen Kinder und erleichtern ebenfalls die pädagogische Arbeit der Lehrer und reduzieren deren zeitliche Überbeanspruchung durch noch nicht schulreife und/oder verhaltensauffällige Kinder.

**SPD**

Der personelle Aufwuchs von Grundschullehrkräften hat oberste Priorität. Nur mit einem Mehr an Köpfen lässt sich gleichzeitig eine Entlastung und eine Qualitätsverbesserung realisieren. Die Absenkung der Eingangsklassengrößen zum Schuljahr 2021/22 war ein Erfolg. Für uns ist klar, dass diese Maßnahme beibehalten werden muss – zum Wohl der Schülerinnen und Schüler sowie zur Entlastung der Lehrkräfte. Weiterhin muss die Funktionsstellenstruktur an Grundschulen und den weiterführenden Schulen angeglichen werden sowie grundsätzliche eine stellvertretende Schulleitung etabliert werden. Für diese muss folglich eine spürbare Absenkung der Unterrichtsverpflichtung und Ausweitung der Leitungszeit geltend gemacht werden. Zur Abfederung personeller Engpässe werden wir die mobile Lehrkräftereserve ausweiten.

**Die Linke**

Ständig steigende Anforderungen – auch im Zuge der Umsetzung der inklusiven Schule – erfordern eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung im Grundschulbereich, angepasst an die Regelung der Gemeinschaftsschulen sowie verlässliche Leitungsstrukturen.

Damit künftig ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen, muss der Beruf der Grundschullehrerin/des Grundschullehrers dringend aufgewertet werden. Dazu gehört auch eine Entlastung der Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben durch zusätzliche Verwaltungskräfte. Nötig sind zudem mehr Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer, um den Herausforderungen der Inklusion gerecht werden zu können. Ebenso gehören bessere Perspektiven mit besserem Gehalt wie der Besoldungsgruppe A13 für alle dazu, um die Abwanderung in andere Bundesländer zu stoppen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir fordern für alle Grundschulklassen das Zweipädagog\*innensystem. In jeder Klasse müssen zukünftig zwei Personen mit Bildung und Erziehung eingesetzt sein. Langfristig sollte dies eine Lehrkraft und eine Erzieher\*in sein. Übergangsweise kann auch neben der Lehrkraft eine angelernte Kraft diese Aufgabe

übernehmen. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass mittelfristig in keiner Grundschulklasse mehr als 20 Schüler\*innen unterrichtet werden sollten.

**bunt.saar**

Geringere Unterrichtsverpflichtung (25 LWSTd; kleinere Klassen; Teamteaching; Schulsozialarbeit fest an der Schule)

* ***Welche Möglichkeiten sehen Sie für einen Stufenplan zur Reduzierung des Klassenteilers?***

**CDU**

Wir wollen die Verkleinerungen der Eingangsklassen über die Pandemie hinaus sichern. Daher werden wir die Senkung des Klassenteilers in der Schuleingangsphase auf 25 Schülerinnen und Schüler verstetigen.

**SPD**

Die Absenkung der Eingangsklassengrößen war ein Erfolg. Durch einen personellen Aufwuchs ist eine grundlegende Absenkung des Klassenteilers zeitnah realisierbar. An Grundschulen legen wir die maximale Klassengröße auf 25 Kinder fest und streben darüber hinaus kleinere Klassen an.

**Die Linke**

Damit jedes Kind nach seinen individuellen Stärken und Schwächen unterrichtet werden kann und kein Kind verloren geht, muss die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse und Lehrkraft deutlich reduziert werden. Grundsätzlich unterstützen wir die Forderung „Keine Klasse über 20! – nur das macht pädagogisch Sinn und sollte mittelfristig das Ziel sein. Auf dem Weg dahin muss zunächst stufenweise die Klassengrößenzahl von 22 umgesetzt werden.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Durch das Zweipädagogensystem werden wir die Lehrkräfte personell unterstützen und entlasten. Das Herabsetzen des Klassenteilers kann in mehreren Stufen geschehen. Die erste Stufe (25 Sch.) ist bereits coronabedingt eingeleitet. Dies sollte beibehalten werden. Ein weiteres Absenken sollte perspektivisch über 10 Jahre verteilt angegangen werden.

**bunt.saar**

Wir halten eine stufenweise Reduzierung des Klassenteilers für **alle** Klassen auf eine Klassenstärke von 20 Kindern für sinnvoll.

* ***Wie stehen Sie zu Einführung einer Beratungszeit durch Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung?***

**CDU**

Wir werden in einem ersten Schritt den Anteil der Deputatstunden erhöhen.

**SPD**

Die verschiedenen Einzelmaßnahmen im Rahmen der Systemzeit sind dahingehend in einer grundlegenden Überarbeitung zu betrachten. Einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung zur Einführung einer Beratungszeit stehen wir grundsätzlich aufgeschlossen über.

**Die Linke**

Wir unterstützen diese Notwendigkeit, weil die Schule von heute genau diese Wege braucht. Die Unterrichtsverpflichtung muss reduziert werden – dafür setzen wir uns seit Jahren ein. S. a. Systemzeit betr. Gemeinschaftsschulen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Alle Grundschullehrkräfte nutzen bereits sehr viel Arbeitszeit zum Beraten (Entwicklungsgespräche, Gespräche in multiprofessionellen Teams, Gespräche mit Erziehungsberechtigten). Diese Zeit wird zusätzlich zur Unterrichtszeit, Vorbereitungszeit und zurzeit für schulische Projekte aufgewendet. Hier muss eine Entlastung stattfinden, indem man jeder Lehrkraft wöchentlich Beratungsstunden einräumt, die die vorgegebene Wochenstundenzahl an Unterrichtszeit reduziert.

**bunt.saar**

Dem stehen wir positiv gegenüber.

* ***Wie werden Sie dafür sorgen, dass es zukünftig an allen Grundschulen verlässliche, attraktive Leitungsstrukturen gibt (Schulleiter/Schulleiterin und Konrektor/Konrektorin für alle Schulen, Anpassung der Leitungszeit an die anderer Schulformen, Reduzierung der Wartezeit auf die Beförderung, Höhergruppierung um eine halbe Besoldungsstufe wie in Rheinland-Pfalz)?***

**CDU**

Die Schulleitungen an den Grundschulen sind häufig überlastet und haben neben den zunehmenden Verwaltungs- und Beratungsaufgaben auch noch ein hohes Maß an Unterrichtsverpflichtungen. Daher werden wir die Deputatstunden für Schulleitungen erhöhen.

Des weiteren werden wir die Besoldungsstruktur insbesondere der Schulleitungen in den Blick nehmen.

**SPD**

Wir befürworten die Angleichung der Funktionsstellenstruktur sowie der Leitungszeiten. Eine Reduzierung der Wartezeiten sowie eine Höhergruppierung der Grundschullehrkräfte sind wünschenswert.

**Die Linke**

Es wird immer schwieriger, frei werdende Funktionsstellen an Grundschulen zu besetzen, weil es nicht genug Lehrerinnen und Lehrer gibt, die unter diesen schlechten Rahmenbedingungen bereit sind, solche Funktionen zu übernehmen. Mit der höchsten Unterrichtsverpflichtung und der schlechtesten Bezahlung gewinnt man keinen Nachwuchs. Immer mehr Arbeitsaufwand, immer neue zusätzliche Aufgaben, steigender Druck und lange Wartezeiten für eine Beförderung – das ist alles andere als motivierend. Schulleiterinnen und Schulleiter müssen Verwaltungsarbeit, Schulentwicklung und Lehrtätigkeit unter einen Hut bringen und das Saarland gehört bundesweit zu den Schlusslichtern bei der Vergabe der Anrechnungsstunden für Schulleitungen. Schulleitungen sollten mindestens von der Hälfte ihrer Pflichtstunden freigestellt werden, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können.

Aufgrund der bekannten Vielfalt an Verwaltungsaufgaben und neuen pädagogischen Aufgabenfeldern für die Schulleitung brauchen die Grundschulen ebenso Funktionsstellen für Konrektoren und Konrektorinnen. Eine Anpassung der Deputatregelung, entsprechende Beförderungsperspektiven sowie die Ausstattung mit Personal im Rahmen der Schulverwaltung gehören ebenfalls dazu – nur so ist auf längere Sicht eine Steigerung der Attraktivität der Leitungsfunktion zu erreichen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schulleitungen zukünftig weniger Unterrichtsverpflichtungen haben und zwar durch die Erhöhung der Stundendeputate für Schulleitungen. Die Leitungszeiten müssen hier an die Strukturen anderer Schulformen angepasst werden.

**bunt.saar**

Dafür muss Geld in den saarländischen Haushalt eingestellt werden. Wir wollen eine Besoldung für alle GS-Lehrer:innen in A13, alle Schulleitungen in A14.

* ***Wie wollen Sie längerfristig die Unterrichtsversorgung an Grundschulen sicherstellen (kontinuierliche Einstellung bei vollem Gehalt, Ausweitung der mobilen Reserve)?***

**CDU**

Aktuell ist die Lehrerfeuerwehr in den Grundschulen nahezu ausgelastet. Gerade durch die Pandemie hat sich besonders klar gezeigt, wie schnell gerade kleinere Grundschulstandorte bei Krankmeldungen an ihre Grenzen kommen. Aufgrund des Klassenlehrersystems muss hier deutlich nachgesteuert werden, um die Kontinuität in der Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Außerdem möchten wir die Kapazitäten zur Ausbildung von Grundschullehrern an der Universität des Saarlandes ausweiten, um auch dem zukünftigen Bedarf gerecht zu werden.

**SPD**

Wir werden die Unterrichtsversorgung – sowie grundsätzlich alle bildungspolitischen Maßnahmen – durch eine Schwerpunktverschiebung des Landeshaushaltes hin zu Zukunftsinvestitionen in Bildung sicherstellen.

**Die Linke**

Die Abdeckung von Unterrichtsausfällen durch die mobile Lehrerreserve wird auch an den Grundschulen immer schwieriger. Zu Beginn des jeweiligen Schuljahres ist die mobile Lehrerreserve oftmals bereits „aufgebraucht“ – die Pandemie hat auch diese Entwicklung verschärft. Feste Planstellen statt befristeter Arbeitsverträge müssen hierbei Vorrang haben. Wir treten für ein klares Signal zur spürbaren Aufstockung der Stellen für den mobilen Dienst ein.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Längerfristig kann man die Unterrichtsversorgung nur sicherstellen, wenn man das Lehramt an Grundschulen für junge Menschen attraktiver macht. Wir werden die Plätze für das Lehramtsstudium an der Universität des Saarlandes deutlich erhöhen und die Plätze am Studienseminar ausbauen. Denn sowohl die mobile Lehrerreserve für Grundschulen als auch die Personaldecke an Grundschulen muss erhöht werden. Wir müssen langfristig die gleichen Einstellungsvoraussetzungen wie das benachbarte Rheinland-Pfalz vorhalten, um die Lehrkräfte im Land zu halten.

**bunt.saar**

Ausbau der Studienplätze an der UdS; direkte Übernahme ins Beamtenverhältnis; Unterstützung durch päd. Fachpersonal im Unterricht.

* ***Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass alle Grundschulen mit dem erforderlichen Verwaltungspersonal ausgestattet werden?***

**CDU**

Die Bestellung des Verwaltungspersonals ist Aufgabe der Kommune. Dazu stehen wir auch im Austausch mit den zuständigen Schulträgern.

**SPD**

Wir werden in Zusammenarbeit mit den Schulträgern eine zeitliche Aufstockung des Verwaltungspersonals anstreben.

**Die Linke**

Wenn es weiterhin nicht ausreichend Verwaltungskräfte an den Grundschulen gibt und Schulleitungen und Lehrkräfte immer mehr Verwaltungsarbeit zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit übernehmen müssen, wird es immer schwerer werden, Nachwuchskräfte für die Schulen zu finden. Darum ist es absolut notwendig, alle Grundschulen mit dem erforderlichen Verwaltungspersonal auszustatten. Dies wird nicht in einem Schritt an jeder Schule funktionieren. Aber es muss immer wieder zum Thema gemacht werden.

Mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen haben wir immer wieder auf diese gesamte Problematik hingewiesen und wir werden weiter dafür eintreten.

**Zusammenfassend wollen wir:**

- kleinere Klassen für bessere Lernbedingungen, mehr individuelle Förderung und mehr räumlichen Abstand: der Klassenteiler wurde nach jahrelanger politischer Diskussion wenigstens auf 25 reduziert. Für uns kann das nur ein Anfang sein. Der Weg in Richtung 20 Schülerinnen und Schüler pro Klasse muss weiter gegangen werden.

- eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung: Lehrkräfte an Grundschulen haben immer noch - die höchste Unterrichtsverpflichtung. Das ist nicht gerecht.

- bessere Perspektiven mit besserem Gehalt wie der Besoldungsgruppe A13 für alle, damit die Abwanderung in andere Bundesländer und die Diskriminierung gestoppt werden.

- verlässliche, attraktivere Leitungsstrukturen für alle Grundschulen.

- eine Lehrer:innenfeuerwehr mit ausgebildeten Lehrkräften, um den Unterrichtsausfall verlässlich aufzufangen.

- den Ausbau der Studienplätze für das Lehramt Primarstufe.

- Zuschüsse zu Projekten in besonderen sozialen Verhältnissen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die kommunalen Träger müssen vom Land finanziell unterstützt werden bei der Finanzierung von Verwaltungspersonal.

**bunt.saar**

Indem Einfluss auf die entsprechenden Schulträger genommen wird.

***3. Gemeinschaftsschule***

*Die Gemeinschaftsschule ist eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von Herkunft, sozialer Schicht und Lernvoraussetzungen. Auf Grund von Inklusion und der hohen Anzahl von Schülerinnen und Schülern ohne ausreichende Deutschkenntnisse bedarf es einer immer intensiveren individuellen Förderung, die die einzelne Lehrkraft kaum noch leisten kann.*

*Der SLLV fordert schon seit langem verstärkt Assistenzsysteme im Bereich von Schulsozialarbeit, Schulpsychologen, sonderpädagogischer Förderung, Hilfen zur Integration von Migrantenkindern und anderem. Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt wie wichtig die Forderung des SLLV nach kleineren Klassen ist. Dies gilt nicht nur für die Aufarbeitung der Defizite, sondern ist generell einem positiven fordernden Unterrichtsgeschehen förderlich.*

**FDP**

Wir Freie Demokraten sehen die Gemeinschaftsschule als wichtige Schulform. Wir sehen keinen Grund für eine geringere Akzeptanz der Gemeinschaftsschule gegenüber den Gymnasien. Wir wollen die Gemeinschaftsschulen modularisieren, sodass der Bildungsweg durch das Absolvieren von Modulen anstelle von Jahrescurricula erfolgt. Kernbereiche der Pflichtfächer sollen auf unterschiedlichen Anforderungsniveaus verbindlich bleiben. Damit kann jeder Schüler seinen Stärken und Lernvoraussetzungen entsprechend seinen eigenen Bildungsweg gehen. Defizite in einem Fach können schrittweise aufgehoben werden, während in anderen Fächern ein schnelleres Fortschreiten möglich ist. Auch die Einführung von Werkstatttagen ist ein möglicher Weg, um die Stärken der Schüler zu erkennen und zu fördern.

* ***Was unternimmt Ihre Partei, um die Akzeptanz der Gemeinschaftsschule gegenüber dem Gymnasium zu erhöhen?***

**CDU**

Wir stehen fest zum 3-Säulen-Modell unseres Schulsystems: Jede Schulform hat ihre eigene Daseinsberechtigung und bildet nach ihrem eigenen Zweck aus. Sie fördert die Schülerschaft entsprechend passgenau. So erhält jeder Einzelne das für ihn optimale Bildungsangebot. Wir möchten die Profile der einzelnen Schulformen in diesem Sinne schärfen, um für eine bessere Akzeptanz zu sorgen. So wie das Gymnasium in erster Linie für die wissenschaftliche Vorbereitung auf ein Hochschulstudium mit verbindlicher Grundschulempfehlung als Zugangangsvoraussetzung steht, so steht die Gemeinschaftsschule für uns in erster Linie für die Ausbildungsreife. Dabei sollen aber alle Schulformen in höchstem Maß gegeneinander durchlässig sein.

Angesichts des Nachwuchsmangels für zahlreiche Ausbildungsberufe sehen wir Handlungsbedarf für eine Werbe- und Informationskampagne für den mittleren Bildungsabschluss. Seine Qualität und seine große Wertigkeit und Gleichwertigkeit mit anderen Bildungsabschlüssen müssen mehr in den Fokus der allgemeinen Öffentlichkeit gerückt werden.

**SPD**

Wir haben unsere Gemeinschaftsschulen gut aufgestellt und werden sie in ihrer Entwicklung weiter stärken. Sie stemmen den Hauptteil der Herausforderungen und werden ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht. In den vergangenen Jahren haben sie sich aktiv und engagiert den Themen individueller Förderung, Inklusion und Integration angenommen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass sie in ihrer Arbeit kontinuierlich und spürbar entlastet werden. Der Aufbau der Funktionsstellenstruktur an den Gemeinschaftsschulen muss weiter vorangetrieben werden. Ziel ist die Gleichstellung der Aufstiegsmöglichkeiten, Unterrichtsverpflichtungen und Besoldungsstrukturen aller Schulen im Sekundarbereich. Im Gleichklang mit diesen Maßnahmen werden wir eine Qualitätsoffensive an den Gemeinschaftsschulen starten. Stärkere Individualisierung durch kleinere Lerngruppen und Doppelbesetzung, mehr Unterstützung durch Lehrkräfte und multiprofessionelle Kooperation.

**Die Linke**

Gemeinschaftsschulen sollen alle Kinder und Jugendlichen - unabhängig von persönlichen und sozialen Voraussetzungen - zum bestmöglichen Lernfortschritt und zum höchstmöglichen Schulabschluss führen. Als inklusive Schulen mit sehr vielfältiger Schülerschaft brauchen die Gemeinschaftsschulen - auch wegen der schwierigen pandemischen Lage - mehr personelle Ressourcen und verstärkt Unterstützungssysteme aus Schulsozialarbeit, schulpsychologischem Dienst, sonderpädagogischer Förderung und Sprachförderung. Eine Augenhöhe mit den Gymnasien ist längst nicht erreicht - dafür setzen wir uns weiter mit Nachdruck ein.

Denn schon heute haben in den Gemeinschaftsschulen rund 40 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten keine Gymnasial-Empfehlung und hätten an einem Gymnasium kaum eine Chance gehabt. Trotzdem schaffen sie ihr Abitur. Das ist ein Beleg für die hervorragende Arbeit der Gemeinschaftsschulen. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Elternhäusern oder mit mangelnden Deutschkenntnissen oder mit zusätzlichem Förderbedarf haben schon jetzt vor allem an den Gemeinschaftsschulen eine Chance auf einen guten Bildungsabschluss, weniger jedoch an den Gymnasien.

Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen müssen mit ihren Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien gleichgestellt werden. Dazu gehören eine echte Angleichung der Funktionsstellenstruktur und mehr Beförderungsperspektiven.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Gemeinschaftsschulen können ihre Akzeptanz gegenüber dem Gymnasium erhöhen, in dem sie ihr Schulprofil durch besondere pädagogische Konzepte herausstellen. Dafür muss geworben werden. Wir werden eine Kampagne für die Gemeinschaftsschulen sowohl als digitale Plattform auf dem Bildungsserver als auch in der Öffentlichkeitsarbeit initiieren. Auch werden wir den Schulen bei ihrer eigenen Pressearbeit Unterstützung anbieten.

**bunt.saar**

Abschaffung des HSA; einzige Möglichkeit in neun Jahren zum Abitur vorzubereiten; langfristig bis einschließlich Klasse 9 eine Schule für alle Kinder.

* ***Wie werden Sie Sorge dafür tragen, dass die Gemeinschaftsschulen mit mehr sonderpädagogischem Personal und mit multiprofessionellen Teams ausgestattet werden?***

**CDU**

Wir haben als CDU-geführte Landesregierung bereits 5 Mio. € zusätzlich bereitgestellt, um die Schulsozialarbeit deutlich auszuweiten und multiprofessionelle Teams zu etablieren. Zwei Modellprojekte mit multiprofessionellen Teams laufen schon. Diesen Ausbau werden wir weiter fortsetzen.

Siehe darüber hinaus auch Antwort zu Frage 2.1 und 3.3.

**SPD**

Wir werden die personelle Aufstockung mit sonderpädagogischem Personal und multiprofessionellen Teams – sowie grundsätzlich alle bildungspolitischen Maßnahmen – durch eine Schwerpunktverschiebung des Landeshaushaltes hin zu Zukunftsinvestitionen in Bildung sicherstellen. Gleichzeitig fördern wir die Kooperation mit externen Partnern und den schulpsychologischen Diensten.

**Die Linke**

Wir werden uns nach wie vor auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass mehr sonderpädagogisches Personal, mehr Unterstützungsteams und endlich gut ausgestattete multiprofessionelle Teams an den Gemeinschaftsschulen eingesetzt werden. Mit Umschichtungen im Haushalt und einer Schwerpunktsetzung betreffend die Ausstattung der Gemeinschaftsschule sind weitere Schritte ins Auge zu fassen. Unser geplanter Bildungsfonds wird dies auffangen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Eine unserer zentralen Forderungen im Wahlprogramm ist die sofortige Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die deutliche Aufstockung von multiprofessionellen Teams, die an jeder Schule ihrem Bedarf entsprechend fest etabliert werden. Um diese zusammenzustellen werden wir u.a. die heterogenen Lern- und Leistungsbedingungen der Schüler\*innen, deren soziales Verhaltensrepertoire und die Anpassungsbereitschaft, das Lernumfeld der Schule und die soziale Herkunft der Schüler\*innen analysieren und das Personal dementsprechend zuweisen. Wir werden Beratungsmöglichkeiten für das Kollegium und/oder Systemzeit für kollegiale Beratungsinstitutionen schaffen. So soll ein positives und konstruktives Arbeitsklima entstehen.

**bunt.saar**

Es müssen feste Stellen für Schulsozialarbeiter an allen GemS geschaffen werden.

* ***Was werden Sie für die dringend erforderlichen Entlastungen der Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen tun (Stundenreduktion/Systemzeit u.a.)?***

**CDU**

Die Etablierung multiprofessioneller Teams und die zukünftig deutlich erhöhte Anzahl an Schulsozialarbeitern im System bedeuten für die Lehrerschaft erste wichtige Entlastungen (siehe auch Antwort auf die vorherige Frage). Diesen Weg möchten wir konsequent fortsetzen. Sofern es der zukünftige Landeshaushalt zulässt, möchten wir an den Gemeinschaftsschulen eine Stundenreduktion ermöglichen oder wenigstens den Klassenteiler absenken, wie es schon an den Grundschulen in der 1. und 2. Klasse geschehen ist.

**SPD**

Der wichtigste Baustein zur Entlastung von Lehrkräften ist die Einstellung weiterer Lehrkräfte und multiprofessioneller Teams. Zudem ist eine Ausweitung der Leitungs- und Systemzeit notwendig. Dazu werden wir die allgemeine Dienstordnung für Lehrkräfte überarbeiten und anpassen, damit die Leitungsaufgaben und deren Gelingensbedingungen den aktuellen Herausforderungen und Ansprüchen unserer Zeit angepasst sind. Durch die Absenkung des Klassenteilers schaffen wir kleinere Klassen.

**Die Linke**

s. a. vorherige Antworten:

Durch zusätzliche Lehrkräfte, kleinere Klassen und Kurse sowie mehr Förderschullehrerinnen und -lehrer, Personal aus Schulsozialarbeit und Schulpsychologie etc. (s. vorherige Antworten). Außerdem durch eine Reduzierung der Pflichtstundenzahl, um mehr pädagogische Freiräume nutzen zu können.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die multiprofessionellen Teams dienen u.a. dazu, die Kollegien zu entlasten. Durch einen flexiblen Stundenentlastungspool sollen Schulen die Möglichkeit haben, Kolleg\*innen bedarfsgerecht durch zeitweise Entlastung zu unterstützen.

**bunt.saar**

Einführung von Systemzeit zur Arbeit im multiprofessionellem und gemeinschaftlicher Unterrichtsvorbereitung

* ***Welche Möglichkeiten ziehen Sie in Betracht, um den Klassenteiler deutlich zu reduzieren, damit individualisiertes Lernen besser gewährleistet werden kann?***

**CDU**

Siehe Antwort auf vorherige Frage.

Außerdem halten wir am System der äußeren Fachleistungsdifferenzierung fest, um die Heterogenität in den Klassen weiter abzusenken. Dieses Prinzip möchten wir weiterentwickeln. Die Einteilung in kleinere Lerngruppen in den Kernfächern ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Gerade in diesen Fächern ist es uns sehr wichtig, dass ab Klassenstufe 7 eine Unterrichtung in unterschiedlichen Lernniveaustufen erfolgt, um die Schülerinnen und Schüler bestmöglich in ihrer Lernentwicklung zu fördern und auf entsprechende Abschlüsse vorbereiten zu können.

**SPD**

Die Einstellung weiterer Lehrkräfte sowie multiprofessioneller Teams.

**Die Linke**

Damit jede Schülerin und jeder Schüler nach ihren und seinen individuellen Stärken und Schwächen unterrichtet werden kann, sollte die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse und Lehrkraft deutlich reduziert werden. Da das Saarland ein Haushaltsnotlageland ist, können wir uns kaum mehr leisten als die anderen Bundesländer – wir sollten aber nicht hinter den anderen herhinken. Deshalb sollte es angestrebt werden, die Klassengrößen ähnlich wie in anderen Bundesländern auf wenigstens 25 Schülerinnen und Schüler pro Klasse zu senken.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Der Klassenteiler an Gemeinschaftsschulen muss deutlich – und zwar auf höchstens 25 – reduziert werden. Wir werden eine Flexibilisierungsmöglichkeit einführen, sodass bei entsprechender Notwendigkeit dieser Teiler niedriger ausfallen kann. Durch Doppelbesetzungen soll die individuelle Förderung der Schüler\*innen gesichert werden.

**bunt.saar**

Mehr Raumkapazitäten an den Schulen schaffen; gut ausgebildetes päd. Fachpersonal als „additum“ in den Unterricht; Team-Teaching – wo immer es geht.

* ***Wie werden Sie Sorge dafür tragen, dass die Kolleginnen und Kollegen in Halb- und Ganztag einen adäquaten Arbeitsplatz vorfinden?***

**CDU**

Dies ist die Aufgabe des Schulträgers. Nichtsdestotrotz gibt es auch hier von unserer Seite einen intensiven Austausch mit der kommunalen Seite. Qualitätsverbesserungen sind auch immer von den räumlichen Gegebenheiten abhängig. Daher muss das Land hier auch seinen Finanzierungsanteil leisten.

**SPD**

Die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes ist im Rahmen eines Schulbauprogrammes und vorranging bei gebundenen Ganztagsschulen zu berücksichtigen. Wer ganztägig in der Schule arbeitet, hat ein Anrecht auf einen eigenen Arbeitsplatz.

**Die Linke**

Auch für Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wandelt sich ja die Arbeit in der Ganztagsschule: Eine neue Lernkultur, ein sich veränderndes Schulklima und die Arbeit in einem multiprofessionellen Team aus Lehrkräften und außerschulischen Partnern werfen neue Fragen rund um

Gestaltungsspielräume, Rahmenbedingungen und Voraussetzungen am Arbeitsplatz in der Ganztagsschule auf.Wir fordern seit Jahren den Ausbau echter Ganztagsschulen und damit verbunden auch angemessene Arbeitsplätze innerhalb der Schule. Persönliche, individuelle Lehrerarbeitsplätze sind für das Gelingen der Ganztagsschule unabdingbar.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Mit dem Schulträger muss über eine angemessene Ausstattung von Rückzugs- und Arbeitsräumen verhandelt werden. Team- und Gruppenräume müssen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt sein.

**bunt.saar**

Durch entsprechende bauliche Maßnahmen ist zu garantieren, dass alle Kollegen:innen einen Arbeitsplatz an der Schule erhalten.

* ***Wie wollen Sie erreichen, dass die Funktionsstellenstruktur an die spezifischen Bedarfe der Gemeinschaftsschule angepasst wird?***

**CDU**

Wir stehen für eine adäquate Funktionsstellenstruktur auch an den Gemeinschaftsschulen. Ein wichtiges Anliegen ist uns dabei, dass die Besetzungsverfahren zukünftig zügiger ablaufen.

**Die Linke**

s. a. vorherige Antworten zu allgemeinen Forderungen:

Gemeinschaftsschulen, die z. B. besondere Aufgaben erledigen und nachweislich einen erhöhten Koordinationsaufwand haben, sollten zusätzliche Funktionsstellen erhalten. Wir wollen gleichwertige Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Dazu gehören Besoldungsgerechtigkeit und eine echte Angleichung der Funktionsstellenstruktur. Dafür werden wir uns nach wie vor einsetzen.

**SPD**

Wir werden die Funktionsstellenstruktur der Gemeinschaftsschulen den Gymnasien angleichen und gleichzeitig dort flexible Möglichkeiten schaffen, wo es das schulspezifische Profil notwendig macht. Für uns gilt hier die Maxime: Gleichwertig, aber nicht gleichartig.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

In unserem Wahlprogramm ist verankert, dass wir perspektivisch eine bedarfsgerechte Angleichung der Funktionsstellenstruktur an allen Schulformen einführen wollen.

**bunt.saar**

Auch kleinere Schulstandorte müssen ein Schulleitungsteam mit unterschiedlichen Funktionsstellen erhalten.

* ***Was plant Ihre Partei, damit die Ausstattung der Schulgebäude sowie die Umsetzung der digitalen Anforderungen zügig verbessert werden?***

**CDU**

Wir planen für die nächste Legislaturperiode eine umfassende Sanierung von Schulgebäuden mit entsprechender finanzieller Unterstützung der Kommunen von Seiten des Landes. Auch werden wir die geplante Investitionsoffensive (u.a. Schulsanierungsprogramm) der neuen Bundesregierung von 10 Milliarden € von Landesseite entsprechend finanziell begleiten.

Für die Umsetzung einer adäquaten digitalen Ausstattung für Schulen, Lehrer- und Schülerschaft haben wir die Mittel des Digitalpaktes des Bundes in der Höhe von 60 Mio. € um 50 Mio. € von Landesseite aus dem Zukunftspaket Saar aufgestockt, ein großer Kraftakt. Ferner hat das Land im Gigabit-Pakt Schulen weitere 4,8 Mio. € für schnelles Internet an Schulen zur Verfügung gestellt.

**SPD**

Zur Verbesserung der baulichen Situation der saarländischen Schulen werden wir in enger Absprache mit den Sachkostenträgern ein Schulbauprogramm auflegen. Gerade die perspektivische Rückkehr zu G9 sowie der weitere Ausbau der Ganztagsbetreuung werden zudem weitere räumliche Bedarfe hervorrufen. Hier schaffen wir nachhaltige, moderne und schnelle Lösungen. Bis 2024 werden wir alle Schulen an das Gigabit-Netz angeschlossen haben und durch die Abwicklung des Digitalpaktes alle Schulen mit der notwendigen IT-Infrastruktur ausgestattet haben. Dort, wo darüber hinaus Bedarfe herrschen, werden wir gemeinsame mit dem Bund durch eine Weiterführung des Digitalpaktes auch langfristig Lösungen sicherstellen.

**Die Linke**

Die digitale Infrastruktur an unseren Schulen hinkt der Entwicklung hinterher – von einer Anbindung an das Glasfasernetz ganz zu schweigen. Internet-Recherche, die Vermittlung von Lerninhalten über Online-Angebote und der kritische Umgang auch mit Online-Medien gehört heute zum Unterricht dazu. Es reicht eben nicht, gerade Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien ein Tablet in die Hand zu drücken und sie damit zu Hause ohne Internet und Betreuung alleine zu lassen. Das hat mit gleichen Chancen nichts zu tun.

Wir brauchen Digitalisierung, die echten Fortschritt mit sich bringt, und nicht nur wohlklingende Schlagzeilen. Ein durchdachtes, innovatives Digitalisierungskonzept, das im Dialog mit Expertinnen und Experten sowie den Lehrkräften (und nicht über deren Köpfe hinweg) erarbeitet wird, ist notwendig – will sagen: mit pädagogischer Begleitung, weiterentwickelt in den Lehrplänen und datenschutzkonform sowie rechtssicher.

Das voreilige Anbieten von Tablets für die sechsten Klassen, ohne dass an vielen Schulen überhaupt W-LAN existiert, ist ohne flächendeckende digitale Infrastruktur ein Schnellschuss.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Vor allem müssen Antragswege vereinfacht und verkürzt werden. Im digitalen Bereich wurde in jüngster Vergangenheit durch den Digitalpakt eine Verbesserung auf den Weg gebracht. Dies gilt es nachhaltig fortzuführen. Für den fachgerechten Support der Geräte ist von Seiten des Trägers zu sorgen. Die technische Infrastruktur muss hergestellt und langfristig erhalten bzw. ausgebaut werden.

**bunt.saar**

Dafür sind die Schulträger zuständig. Sie müssen in die Pflicht genommen werden.

* ***Wird sich Ihre Partei für die Einführung von Werkstatttagen an der Gemeinschaftsschule einsetzen?***

**CDU**

Gerade bei unserem Ansatz der Profilschärfung zur gezielten Ausbildungsvorbereitung ist der Praxisbezug sehr wichtig. Daher werden wird das Thema der Einführung von Werkstatttagen stärker in den Blick nehmen.

**SPD**

(Bitte erläutern, was mit Werkstatttagen konkret gemeint ist.)

**Die Linke**

Natürlich. Das wäre eine Bereicherung im Profil der Gemeinschaftsschulen und muss entsprechend personalisiert werden.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Grundsätzlich möchten wir die Schulen dazu ermutigen, außerschulische Lernorte zu nutzen, Freiräume zu schaffen und so Schüler\*innen lebenspraktisches Lernen selbstständig und eigenverantwortlich zu ermöglichen. Die Realisierung dieser Freiräume soll sich an den Bedürfnissen Einzelner, Gruppen oder Klassen orientieren. Dazu kann auch die Einführung von Werkstatttagen gehören, aber auch der von Friday for future geforderte „Frei-day“.

**bunt.saar**

Generell sollten alle Schulformen mehr Praxisanteile in den Schulalltag/Lehrpläne integrieren. Es muss Freiräume für Projektunterricht und/oder die sog. Herausforderungen geben – insgesamt braucht es an allen Schulformen mehr Lebensweltbezug.

* ***Steht Ihre Partei hinter der Forderung des SLLV nach Gleichwertigkeit der Lehrämter in Ausbildung, Arbeitszeit, Besoldung und Funktionsstellenstruktur?***

**CDU**

In Deutschland ist die Beamtenbesoldung nach wie vor an die Studiendauer gebunden. Ein diesbezüglicher Systemwechsel würde für große Verunsicherung in zahlreichen Fachkräfteausbildungen führen. Als CDU Saar setzen wir uns dafür ein, dass alle Schulformen eine zu ihnen jeweils passende Funktionsstellenstruktur bekommen werden.

**SPD**

Ja. Neben dem Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit befindet sich das Saarland im Wettbewerb mit anderen Bundesländern. Wir werden den Bildungsstandort Saarland nur mit den notwendigen Köpfen weiter verbessern können. Dafür ist die Gleichwertigkeit in allen Bereichen eine Gelingensbedingung.

**Die Linke**

s. a. vorherige Antworten.   
Die Anstrengungen müssen insgesamt verstärkt werden – dazu werden wir uns wie gewohnt einsetzen.

**Zusammenfassend wollen wir**

**-** kleinere Klassen für mehr individuelles Lernen, zum Aufarbeiten von Lerndefiziten und für mehr räumliche Abstände: der Klassenteiler ist deutlich zu senken, das fordern wir seit Jahren!

- mehr Personal, da hier zu einem großen Teil die Aufgaben der Inklusion im weiterführenden Schulbereich bewältigt werden – ebenso wie die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien.

**-** eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, um mehr Freiräume für die Lehrkräfte zu erlangen.

**-** eine höhere Besoldung mit A 13 für Grund- und Hauptschullehrkräfte an Gemeinschaftsschulen.

**-** die Umwidmung von zwei Stunden Unterrichtsverpflichtung in eine Systemzeit.

**-** eine Funktionsstellenstruktur wie an den Gymnasien.

**-** den Ausbau der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, um auch hier das Abitur nach 9 Jahren verstärkt anbieten zu können.

**-** Zuschüsse zu Projekten in besonderen sozialen Verhältnissen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Grundsätzlich stehen wir der Forderung nach Gleichwertigkeit der Lehrämter positiv gegenüber. Allerdings sehen wir aktuell die Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben, da sich z.B. auch die Ausbildungszeit der Lehrämter unterscheidet.

**bunt.saar**

Unbedingtes „JA!“

***4. Förderschule und Inklusion***

*Es gibt zwei schulische Systeme, in denen Schülerinnen und Schüler mit einem Förderbedarf in den unterschiedlichen Entwicklungsbereichen unterrichtet werden: in Förderschulen und in Regelschulen. Eltern haben auf der Grundlage der Inklusionsverordnung die Wahl, welche Schulform ihr Kind besuchen soll. In beiden Bereichen sind die Bedingungen nicht so, dass die Förderung individuell und bestmöglich erfolgen kann. Mit Inkrafttreten der Inklusionsverordnung kam es zu einem Schülerrückgang an den Förderschulen und daraus resultierend zu Schulschließungen. Seit einigen Jahren hat sich dieser Effekt aber umgekehrt. Die*

*Förderschulen verzeichnen einen starken Schülerzuwachs. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich in diesem Schuljahr so gesteigert, dass Förderschulen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Auch in den Regelschulen unterrichten viel zu wenige Förderschullehrkräfte, um ihrem Auftrag entsprechend individuell fördern und präventiv arbeiten zu können.*

*Der Bereich Förderschulen/Inklusion ist der einzige im saarländischen Schulsystem, in dem faktisch keine mobile Lehrerreserve zur Verfügung steht, so dass es in Krankheitsfällen zu einer erheblichen Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen kommt. In Förderschulen müssen langfristige Erkrankungen kompensiert werden, ohne dass eine Vertretung vorhanden ist. In Regelschulen können die notwendigen sonderpädagogischen Aufgaben nicht erledigt werden, so dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler keine entsprechende Förderung erhalten und die Regelschullehrerinnen und -lehrer noch stärker belastet werden.*

*Es stehen nicht ausreichend Sonderpädagoginnen und -pädagogen zur Verfügung, um den Bedarf zu decken. Stellen können teilweise nicht mit Förderschullehrerinnen und -lehrern besetzt werden. Dieser Mangel an ausgebildeten Förderschullehrkräften wird mittlerweile seit Jahrzehnten festgestellt und bemängelt, aber es werden keine Maßnahmen ergriffen, um den Fachkräftemangel zu beheben.*

*Seit einigen Jahren gibt es an Förderschulen immer mehr Schülerinnen und Schüler, die nicht nur in einem Entwicklungsbereich Förderbedarf haben und somit eine noch intensivere Förderung benötigen. Teilweise stellen sie Lehrkräfte vor große Herausforderungen, die unter den gegebenen Bedingungen nur schwer zu bewältigen sind. Dieser Entwicklung muss durch Verkleinerung der Klassen dringend Rechnung getragen werden.*

*An den saarländischen Förderschulen arbeiten hauptsächlich Pädagogische Fachkräfte. In der Regel sind das Erzieherinnen. Insbesondere an Förderschulen geistige Entwicklung müssen Pädagogische Fachkräfte Arbeiten übernehmen, für die sie nicht ausgebildet sind, da nur wenige Förderschullehrerinnen und -lehrer dort eingesetzt werden. Hier zeigt sich weiterhin der Mangel an Sonderpädagoginnen und -pädagogen, den Pädagogische Fachkräfte kompensieren. Sie übernehmen Aufgaben von Lehrkräften, ohne dafür ausgebildet zu sein.*

*Seit Jahren wird von „multiprofessionellen Teams“ gesprochen. Als erster Schritt wurde die Schulsozialarbeit ausgebaut. Dies reicht aber nicht aus, denn es werden weitere Fachkräfte benötigt, damit alle Kinder und Jugendliche, insbesondere die mit Förderbedarf, die ihnen zustehende Förderung, Unterstützung und Hilfe bekommen. Nur so kann Bildungsgerechtigkeit entstehen. Durch den dauerhaften Einsatz von multiprofessionellen Teams können Schülerinnen und Schüler bestmöglich gefördert, eventuelle Problemlagen gemildert bzw. vermieden und Kontinuität und Planbarkeit hergestellt werden. Neben den o.g. Schulsozialarbeiter/-innen werden dringend auch therapeutische Fachkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Schulpsychologinnen und -psychologen und Schulgesundheitsfachkräfte benötigt.*

**FDP**

Wir Freie Demokraten wollen Kinder mit Förderbedarf bestmöglich fördern. Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen (oder Schulen) soll bei Eltern und ihren Kindern liegen. Wir setzen uns daher für den Erhalt der Förderschulen mit einer ausreichenden räumlichen und personellen Ausstattung ein. Hierbei sollen wie in Baden-Württemberg multiprofessionelle Teams aus Psycho-, Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden und Schulsozialarbeitern nicht alternativ, sondern zusätzlich zu Lehrkräften eingestellt werden. Wir möchten dafür sorgen, dass jedes Kind das Bestmögliche aus seinen Potentialen machen kann und gut auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben vorbereitet wird. Das kann am besten erreicht werden, wenn wir die Entscheidung über den individuell geeignetsten Bildungsweg in die Hände der Eltern geben.

Die Freien Demokraten wollen im Rahmen der Schulmodernisierungen ein zusätzliches Augenmerk auf einen barrierefreien Zugang und barrierefreie Unterrichtsräume für Schüler mit Behinderung legen. Menschen mit Behinderung, die keinen besonderen schulischen Förderbedarf haben, muss Zugang zu jeder Schulform ermöglicht sein, die selbst gewählt ist und die bestmögliche Perspektive bietet. Ebenfalls unterstützen wir Freien Demokraten, dass jeder behinderte junge Mensch sich in seinen Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten voll entfalten kann und durch pädagogische Integrationshilfen die Schulform besuchen kann, die er besuchen möchte. Inklusive Beschulung fördert die Sozialkompetenzen aller Schüler und deren Demokratieverständnis durch einen gemeinsam gelebten Schulalltag.

**Die Linke**

Inklusion kann nur im Miteinander der bestehenden Strukturen bewältigt werden. Seit Jahren wurde es jedoch versäumt, dem Fachkräftemangel im sonderpädagogischen Bereich entgegenzuwirken. Inklusion ist immer noch viel zu wenig gelebte Praxis, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Dabei steigen die Anforderungen enorm, da immer mehr Schülerinnen und Schüler eine intensivere Förderung brauchen – nicht zuletzt wegen der Corona-Situation an unseren Schulen. Die Schwächsten sind am stärksten von den Auswirkungen der Pandemie betroffen, die Lehrkräfte gleichzeitig am Limit und das ist nicht hinnehmbar. Damit Inklusion gelingt, braucht es auch entsprechendes Fachpersonal an allen Regel- und Förderschulen. Also neben Lehrkräften, sonder- und inklusionspädagogisches Personal sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Nur das heißt Bildungsgerechtigkeit. Das von CDU und SPD versprochene ‚Kollegium der Zukunft‘ mit vielen Kräften in multiprofessionellen Teams bleibt leider nach wie vor Zukunftsmusik.

* ***Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit das inklusive Bildungssystem so gestaltet wird, dass Schüler sowohl mit als auch ohne Behinderung zu Gewinnern des gemeinsamen Lernens werden?***

**CDU**

In der laufenden Legislaturperiode wurden aufgrund des nachgewiesenen Bedarfs drei neue Förderschulen errichtet und an zwei Grundschulstandorten wurden die Sprachförderklassen wieder eingeführt. Gerade in der Pandemie zeigte sich, wie wichtig ein breites Netz an Förderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten ist. Für eine gelingende Inklusion brauchen wir ein Mix an Förder- und Regelschulen. Gesetzliche Grundlage der Inklusion an saarländischen Schulen ist die Inklusionsverordnung. Hierzu wurden in den vergangenen Jahren vielfältige Erfahrungen gesammelt. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass wir die aktuelle Inklusionsverordnung evaluieren und auf Basis der Erfahrungen aus der Schulgemeinschaft entsprechend anpassen. Dabei ist eine klare Diagnostik ein besonderes Anliegen wie auch ein verbindliches sonderpädagogisches Gutachten.

Als wichtigen Baustein der Inklusion haben wir zudem das Konzept der Sprachförderklassen wieder aufleben lassen und an zwei Standorten schon umgesetzt, um auch Kindern mit starken Sprachdefiziten die Inklusion an der Regelschule zu ermöglichen, ohne ihren individuellen Förderbedarf zu vernachlässigen. Das Modell der Sprachförderklassen möchten wir landesweit ausbauen.

Ebenso wollen wir wieder die Möglichkeit von Schulkindergärten eröffnen, um nicht schulreife Kinder frühzeitig zu fördern und ihnen damit einen guten Einstieg in die Grundschule zu ermöglichen.

Des weiteren möchten wir mit der Förderung sehr viel früher beginnen, um so einen späteren Förderbedarf überflüssig zu machen oder zumindest zu verringern. Daher möchten wir die Diagnostik schon in den Kindertageseinrichtungen deutlich verbessern, um Förderungen so früh wie nur möglich beginnen zu lassen. Es ist wichtig, die erfassten Diagnostiken in der anschließenden Schullaufbahn entsprechend weiterzugeben.

**SPD**

Das Kompetenzzentrum Inklusion zur Beratung und Begleitung von Schüler:innen, Lehrkräften, Erziehungsberechtigten und allen am Schulleben beteiligten Akteur:innen im Rahmen einer inklusiven Schul- und Unterrichtsentwicklung verbessert die Teilhabechancen aller Kinder und Jugendlichen und macht Schluss mit Ausgrenzung und Exklusion. Wir werden darüber hinaus regionale Unterstützungsstrukturen zur Umsetzung der Inklusion an den Regelschulen weiterentwickeln. Darüber hinaus sind Lehrerprofessionalisierung, ein Aufwuchs von Lehrerstellen sowie der multiprofessionellen Teams Säulen zur Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems für alle.

**Die Linke**

Das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung kann ein Gewinn für beide Seiten sein, darum muss es gefördert werden. Das Land kann aber nicht auf der einen Seite zu Recht die Inklusion beschließen, aber den barrierefreien Zugang zu den Schulen dann allein den Gemeinden und Kreisen aufladen. Wir fordern: Jede Schülerin und jeder Schüler mit oder ohne Behinderung muss problemlos seine Schule erreichen können. Wenn einzelne Schulträger die nötigen Umbauarbeiten nicht angehen, dann muss das Land handeln, um eine lückenlose Barrierefreiheit zu gewährleisten. Außerdem haben die Schulen Bedarf an zusätzlichen Förderschullehrerinnen und Förderschullehrern. Wenn hier nichts getan wird, bleibt Inklusion ein leeres Wort.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Das geschieht durch Öffnung des Unterrichtes und Implementierung moderner Lernkonzepte, vor allem eine individualisierte Gestaltung des Lernprozesses. Mittlerweile gibt es viele Studien, die die positive Auswirkung von inklusiver Unterrichtung vor allem auf das Sozialverhalten nachweisen.

**bunt.saar**

Auf ein „finnisches“ System der selbstständigen, inklusiven Gemeinschaftsschulen aller SuS bis zum Alter von 14 oder 15 Jahren hinarbeiten.

* ***Werden Sie die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sich die Situation spürbar verbessert?***

**CDU**

Schon heute haben wir dazu durch die bessere Ausstattung der Schulsozialarbeit und durch den Stopp des Abbaus von Lehrerstellen erste Schritte veranlasst. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. Des weiteren möchten wir einen eigenständigen Studiengang für das Lehramt an Förderschulen an der Universität des Saarlandes einrichten. Wir wollen eine Werbekampagne „Förderschullehramt“: Gerade in diesem Bereich brauchen wir eine gelingende Fachkräfteoffensive, aber auch eine spezielle Werbekampagne, die die breiten Möglichkeiten des Lehramts an Förderschulen in den Fokus rückt und die Bedarfe bekannt macht.

**SPD**

Ja

**Die Linke**

Wir streben dabei zusätzliche Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer sowie eine sonderpädagogische Grundversorgung an allen Regelschulen an. In städtischen Ballungsgebieten ist eine Förderschullehrkraft pro Jahrgang einzuplanen. Kleinere Klassen und mehr Lehrkräfte sind notwendige Weichenstellungen für die Zukunft der inklusiven Schule.

**Zusammenfassend wollen wir:**

-kleinere Klassen an Regel- und Förderschulen, damit der Schülerzuwachs und die damit verbundenen Herausforderungen gestemmt und Problemlagen gemildert werden können.

- eine mobile Lehrerreserve für den Bereich Förderschulen / Inklusion, um in Krankheitsfällen der Mehrbelastung der Lehrkräfte entgegenzutreten und die Förderung der betroffenen Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

- einen stärkeren Schwerpunkt „Inklusion“ in der Lehrerausbildung.

- die Einrichtung eines Lehrstuhls für Inklusion und Förderpädagogik an der Universität des Saarlandes, damit unsere Lehrkräfte auch im Saarland ausgebildet werden können.

- ein unabhängiges „Zentrum Inklusion“.

- bessere Raumbedingungen für Förderschulen, um Barrierefreiheit unbedingt abbauen zu können.

- multiprofessionelle Teams an allen Förderschulen. Die Zukunftsmusik muss endlich Alltag werden. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Ein inklusives Unterrichten, wie es von der UN gefordert wird, ist unser Ziel. Dazu werden wir kontinuierlich die Personalressourcen an den Schulen aufstocken und die Infrastruktur herstellen müssen.

**bunt.saar**

Gerne, soweit wir die Möglichkeiten dazu haben.

* ***Wie werden Sie die Raumprobleme an den Förderschulen lösen?***

**CDU**

Sowohl von Seiten des Landes als auch von Seiten des Bundes ist eine Investitionsoffensive für Schulen geplant, sei es zur Sanierung oder zum weiteren Ausbau von Gebäuden (siehe oben). Davon werden auch die Förderschulen profitieren. In der aktuellen Legislaturperiode gab es an mehreren staatlichen Förderschulen erhebliche Sanierungsmaßnahmen. Des weiteren wurde von Landesseite der Neubau der Förderschule für körperliche Entwicklung in Homburg beschlossen.

**SPD**

Zur Verbesserung der baulichen Situation der saarländischen Schulen werden wir in enger Absprache mit den Sachkostenträgern ein Schulbauprogramm auflegen**.**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Durch gute inklusive Konzepte an Regelschulen flankiert durch angemessene personelle Ausstattung und kompetente multiprofessionelle Team werden wir die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen reduzieren.

**bunt.saar**

Wie an den anderen Schulen beschrieben

* ***Wie stehen Sie zur Eröffnung neuer Förderschulen?***

**CDU**

Schon in der aktuellen Legislaturperiode haben wir drei weitere neue Förderschulen eröffnet und werden bei weiter steigendem Bedarf zusätzliche neue Förderschulen gründen oder bzw. vorhandene weiter ausbauen (siehe auch vorherige Antwort).

**SPD**

Bildung ist inklusiv. Wir halten an dem qualitativen Ausbau unserer Kitas und Schulen zu inklusiven Bildungsstätten fest. Unsere Schulen haben sich auf den Weg gemacht, inklusiv zu arbeiten. Durch die effektive Ausstattung mit multiprofessionellen Teams können Schulen den besonderen pädagogischen Förderbedarfen an Schulen gerecht werden. Mit passgenauen Angeboten schulischer Jugend- und Sozialarbeit wie auch der Eingliederungshilfe für junge Menschen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen. Darüber hinaus sind die Förderschwerpunkte differenziert zu betrachten.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Hier sprechen wir uns dagegen aus. Wenn Inklusion ernsthaft betrieben werden soll, können Förderschulen nur so lange erhalten werden, bis die Rahmenbedingungen zur Inklusion an den Regelschulen hergestellt worden sind.

**bunt.saar**

Wir treten für eine inklusive Beschulung ein – keine neuen FöS

* ***Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Schüler-Lehrer-Relation an Förderschulen den schwieriger gewordenen Bedingungen angepasst wird?***

**CDU**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass dort, wo es notwendig ist, die personellen Ressourcen verbessert werden.

**SPD**

Durch eine Aufstockung des Personals sowie einer Absenkung der Klassengröße und einer Doppelbesetzung. Zur Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses ist die Einrichtung eines Studiengangs für Sonderpädagogik an der Universität des Saarlandes zu realisieren sowie ein Seiteneinsteigerprogramm zu prüfen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Das wollen wir grundsätzlich für alle Schulformen.

**bunt.saar**

Wo es Klassenstärken von mehr als 15 gibt, auf jeden Fall.

* ***Wie wollen Sie dem allgemeinen Fachkräftemangel, z.B. bei Erzieherinnen und Erziehern, begegnen? Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, die kurzfristig helfen, aber auch langfristig eine spürbare Verbesserung bringen?***

**CDU**

Wir möchten zeitnah die Attraktivität des Erzieherberufes verbessern, um dem ständig steigenden Bedarf gerecht zu werden. Dazu zählt eine angemessene Ausbildungsvergütung, wie sie in allen anderen Ausbildungsberufen selbstverständlich ist. Wir haben mit dem Modell „PiA“ schon eine erste Verbesserung erreicht und möchten dieses Modell ausweiten.

Auch möchten wir die Qualität der Ausbildung durch zusätzliche Module wie zum Beispiel durch spezielles Fachwissen im Bereich der Diagnostik anheben. Wir wollen darüber hinaus eine Werbe- und Informationskampagne für diesen Beruf initiieren, um mehr Auszubildende zu gewinnen.

**SPD**

Wir werden eine engere Verzahnung von frühkindlicher Bildung, Schule, Hochschule und Weiterbildung mit dem Ziel des lebenslangen Lernens anstreben. Die Zusammenarbeit der Bildungsakteur:innen schafft Synergieeffekte und hilft den Betroffenen. Dazu sollen alle Bildungsbereiche in einem Ministerium zusammengefasst werden. Auch die Kommunen verstehen sich zunehmend als bildungspolitisch Verantwortliche und (Mit-)Steuernde, nicht nur als Verwaltung von Gebäuden und Personal. Sie bauen Strukturen eines kommunalen Bildungsmanagements auf und entwickeln Lernzentren, in denen Volkshochschule (VHS), Musikschule, Bibliothek u. a. an einem Ort zu kommunalen Bildungslandschaften gebündelt werden. Damit kann Bildung auch lokal so gesteuert werden, dass sie den Herausforderungen ihrer Zeit, wie Bildungsbenachteiligung, Digitalisierung und Fachkräftemangel aktiv begegnet. Dazu wollen wir die wichtige Arbeit der Transferagentur Rheinland-Pfalz/Saarland in geeigneter Form und in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden weiterführen.

In der Kita wird der Grundstein für die Bildung unserer Kinder gelegt. Dazu brauchen wir gut qualifizierte Fachkräfte. Die Ausbildung der Erzieher:innen werden wir weiter stärken. Die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) hat sich bewährt und muss der Regelfall werden. Auch Auszubildende im Erziehungsbereich haben eine faire Vergütung verdient. Schulgeld gehört abgeschafft, gerade in Ausbildungsgängen, die für das Gelingen einer inklusiven Betreuung eine wesentliche Rolle spielt. Die Ausbildung zur Heilerziehungspflege werden wir durch die Einführung einer Ausbildungsvergütung und durch die deutschlandweite Angleichung der Ausbildung reformieren.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir werden verstärkt für die Ausbildung werben und vor allem die Entlohnung und die Aufstiegschancen deutlich verbessern.

**bunt.saar**

Wir treten für eine Vergütung in der schulischen Ausbildungszeit der Erzieher:innen und eine entschieden bessere Bezahlung ein. Daneben fordern wir eine zumindest teilweise Freistellung für Führungsaufgaben.

* ***Werden Sie dafür sorgen, dass auch dem Bereich Förderschulen/Inklusion eine mobile Lehrerreserve zur Verfügung steht?***

**CDU**

Wir sehen die dringende Notwendigkeit, auch für die Förderschulen eine Lehrerreserve aufzubauen und werden uns daher dafür einsetzen.

**SPD**

Ja.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wie für andere Schulformen auch werden wir auch in diesem Bereich für eine mobile Lehrer\*innenreserve sorgen.

**bunt.saar**

Ja

* ***Wie sehen Sie die Möglichkeit, Förderschulen geistige Entwicklung personell so auszustatten, dass jeder Klasse eine Förderschullehrerin bzw. ein Förderschullehrer fest zugeordnet wird und somit diese Schulform den anderen Schulformen gleichgestellt wird?***

**CDU**

Wir sehen die Notwendigkeit dieser Maßnahme und werden uns dafür einsetzen.

**SPD**

Auch hier ist der personelle Aufwuchs durch eine bessere Finanzierung sowie die Errichtung eines Lehrstuhls Sonderpädagogik und ein Quereinsteigerprogramm der Schlüssel.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir werden bei Regelschullehrkräfte intensiv dafür werben, Aufbaustudiengänge im Bereich G durchzuführen, um den Mangel an Förderschullehrkräften langfristig zu verringert. Weiterhin werden wir uns dafür einsetzten, dass ein Lehrstuhl Sonderpädagogin an der Universität des Saarlandes eingerichtet wird.

**bunt.saar**

Dazu können wir zur Zeit noch nichts sagen.

* ***Werden Sie dafür sorgen, dass den Schulen (endlich) multiprofessionelle Teams zur Verfügung stehen?***

**CDU**

Siehe Antworten weiter oben (3.2; 5 Mio.€ schon eingesetzt, zwei Modellversuche laufen schon, weiterer Ausbau geplant).

**SPD**

Der Einstieg in das multiprofessionelle Arbeiten darf nicht nur in der Schule stattfinden. Mit der Änderung unseres Kita-Gesetzes ist der Grundstein gelegt. Der Ausbau der multiprofessionellen Arbeit in Kitas wird ein Schwerpunktprojekt für die nächste Legislaturperiode.  
Inklusiv zu arbeiten heißt auch, multiprofessionell im Team zu handeln. Eine effektive Ausstattung mit multiprofessionellen Teams, die den besonderen pädagogischen Förderbedarfen der Schule gerecht werden, ist dabei wichtig. Eine moderne Bildungspolitik sozialdemokratischer Prägung prüft dabei die Passgenauigkeit der Angebote schulischer Jugend- und Sozialarbeit wie auch der Eingliederungshilfe für junge Menschen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen. Zu multiprofessionellen Teams gehören auch Gesundheitsfachkräfte. Ein Modellprojekt soll die Gelingensbedingungen für mehr Gesundheitsvorsorge untersuchen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Personal zur Bildung von multiprofessionellen Teams ist an allen Schulen weitestgehend vorhanden. Damit sie ihre Arbeit gezielt aufnehmen können, müssen gezielt Beratungsstunden angerechnet werden, Stunden an Schulsozialarbeit müssen erhöht werden.

**bunt.saar**

Ja

***5. Lehrerbildung***

*Die Inhalte der Lehrerausbildung haben sich in allen Lehrämtern, vor allem aber auch im Bereich der Grundschule stark ausgeweitet. Durch veränderte Lernsituationen kommen unter anderem Themen wie Inklusion, Integration von Flüchtlingen, DAZ, Zusammenarbeit mit vorschulischen Einrichtungen hinzu, ebenso der Umgang mit heterogenen Lerngruppen, Förderdiagnostik und Förderplanung, Schullaufbahnberatungen, Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern und viele andere Themen.*

*Dies verlangt eine noch qualifiziertere Ausbildung, die nur in einem längeren Studium bewältigt werden kann, zumal die 2. Phase der Ausbildung verkürzt wurde.*

**FDP**

Wir Freie Demokraten wollen mehr Referendariatsplätze für angehende Lehrer schaffen. Es soll zudem regelmäßig geprüft und veröffentlicht werden, in welchen Fächern und an welchen Schulformen zukünftig ein großer und in welchen ein geringer Bedarf besteht, um Lehramtsstudenten ein Feedback für die Fächerwahl zu geben. Wir setzen uns auch für bessere Rahmenbedingungen für Quereinsteiger an berufsbildenden Schulen ein. Außerdem sollen fächerübergreifende Qualitätsstandards eingeführt werden, die gewährleisten, dass die Unterrichtsqualität auch bei Lehrkräften ohne entsprechende Ausbildung gewahrt bleibt. Viele angehende Lehrer wechseln in andere Bundesländer, da sie keinen Studienplatz und/oder keinen Referendariatsplatz im Saarland erhalten. Viele kehren nicht mehr an die Saar zurück. Um das Saarland für den Lehrerberuf attraktiv und zukunftssicher zu machen, müssen die personellen und finanziellen Kapazitäten an der Universität des Saarlandes sowie an saarländischen Studienseminaren im Bereich der Lehrerbildung ausgeweitet werden. Auch für die Sonderpädagogik brauchen wir dringend Konzepte, um den Personalmangel zu minimieren und optimalerweise zu beseitigen. Seiteneinsteigerprogramme sind hier ein schnell umsetzbarer Weg. Die Einführung eines eigenen Lehrstuhls Sonderpädagogik ist zu prüfen.

* ***Wie steht Ihre Partei zur Anpassung der Studienzeit für das Lehramt an Grundschulen an die der anderen Schulformen?***

**CDU**

Zunächst steht für uns im Vordergrund, dass genügend Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer ausgebildet werden. Angesichts der Haushaltssituation des Landes stellt dies bereits einen ersten Kraftakt dar. Einen weiteren wichtigen Schritt sehen wir im Angebot von zusätzlichen Modulen in der Grundschullehrerausbildung, wie zum Beispiel Kenntnisse in Diagnostik, Inklusion oder auch in digitalem Unterricht.

**SPD**

Eine Anpassung der Studienzeit des Lehramtsstudiengangs Primarstufe ist kein Selbstzweck. Insbesondere ist zu prüfen, welche zusätzlichen Studieninhalte dort vermittelt werden können. Klar ist für uns, dass eine Anhebung der Studienzeit auf 10 Semester zwangsläufig mit einer Einstellung im höheren Dienst einhergehen muss.

**Die Linke**

Eine Reform der Lehrerausbildung sollte dazu dienen, endlich Besoldungsgerechtigkeit zu erreichen. Das ist bislang nicht wirklich erreicht. Es kann nicht sein, künstlich Unterschiede aufrecht zu erhalten, die es nicht gibt. Eine gleich gute Ausbildung für alle, das heißt auch eine gleich lange Ausbildung für alle. Es macht keinen Sinn, die Ausbildungszeit auf 8 Semester zu verkürzen, obwohl die pädagogischen Aufgaben an den Grundschulen ständig steigen. Dieses Lehramt ist ein gleichwertiges Lehramt. Das muss sich in Ausbildung und Besoldung widerspiegeln, alles andere ist gerade nicht gerecht - es darf nicht weiter Lehrer 1. und 2. Klasse geben. Wir treten dafür ein, diesbezüglich auch ein Signal der Anerkennung im Bereich der Lehrerbildung zu setzen. Wir fordern daher eine einheitliche Ausbildungsdauer für alle Lehrerinnen und Lehrer – unabhängig von Schulart und Schulstufe – im Umfang von zehn Semestern.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Eine Anpassung der Studienzeit für Grundschulen befürworten wir, ebenso wie die gleiche Bezahlung der Grundschullehrkräfte.

**bunt.saar**

bunt.saar begrüßt diese Anpassung

* ***Wie stehen Sie zum Umfang des eigenverantwortlichen Unterrichtes und zu dessen Schwerpunkt als Ausbildungsunterricht?***

**CDU**

Eigenverantwortlicher Unterricht ist sicherlich für angehende Lehrerinnen und Lehrer eine wichtige Praxiserfahrung im noch geschützten Ausbildungsrahmen des Referendariats. Der Umfang darf allerdings keineswegs so ausufern, dass die angehenden Referendarinnen und Referendare in ihrer Ausbildung über Gebühr belastet werden oder dazu eingesetzt werden, reguläre Lehrkräfte einzusparen.

**SPD**

Wir stehen der Idee des eigenverantwortlichen Unterrichtes aufgeschlossen gegenüber. Ein Mentor:innenprogramm innerhalb der zweiten Ausbildungsphase der Lehrer:innenbildung ist zu begrüßen.

**Die Linke**

Eigenverantwortlicher Unterricht ist ein wichtiger Ausbildungsbaustein für Lehramtsanwärterinnen und – anwärter. Im Saarland sind jedoch angehende Lehrerinnen und Lehrer im Vergleich zu anderen Bundesländern zu stark dafür eingesetzt – sie dürfen nicht die Grundschullehrerversorgung im Land ersetzen. Das geht zu Lasten der Qualität der Ausbildung. Deshalb ist eine Reduzierung des eigenverantwortlichen Unterrichts im Rahmen der Lehramtsausbildung einzufordern.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Eigenverantwortlicher Unterricht in der Ausbildungszeit des Referendariats bzw. Vorbereitungsdienstes kann ausbildungsfördernd sein, wenn eine adäquate Betreuung durch einen Fachleiter bzw. Mentor sichergestellt ist. Außerdem helfen diese Unterrichtsstunden bereits den Lehrkräftemangel an Grundschulen zu mildern.

**bunt.saar**

Der eigenverantwortliche Unterricht sollte stärker auf Kooperation mit den anderen Referendaren:innen ausgerichtet sein.

* ***Steht Ihre Partei hinter der Forderung des SLLV nach Gleichwertigkeit der Lehrämter in Ausbildung, Arbeitszeit und Besoldung und Funktionsstellenstruktur?***

**CDU**

Siehe Antwort zu Frage 3.9.

**SPD**

Gleichwertigkeit der Schulformen heißt für uns auch die Angleichung der Besoldung von Lehrkräften. Deshalb werden wir die Besoldung von Lehrkräften an Grund- und Gemeinschaftsschulen schrittweise angleichen.

**Die Linke**

Ja. Es darf keine Lehrerinnen und Lehrer 1. und 2. Klasse geben – dafür ist die Verantwortung im Lehrerberuf viel zu hoch... (s. a. Antworten auf bisherige Fragen diesbezüglich).

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir unterstützen diese Forderung, halten aber eine umfängliche Umsetzung in naher Zukunft für unrealistisch. Hier wäre ein Stufenplan vorstellbar, der zunächst beim Stundenkontigent bei der Lehrerschaft und in der Funktionsstellenstruktur beginnen sollte.

**bunt.saar**

bunt.saar unterstützt die Forderungen des SLLV vollumfänglich.

***6. Lehrkräftebedarf***

*Das Recht auf einen Ganztagsplatz ab dem Schuljahr 2026/27 erfordert einen hohen Personalmehrbedarf an ausgebildeten Grundschullehrkräften. Wie unter Punkt 4 bereits beschrieben, besteht auch im Bereich Sonderpädagogik ein erheblicher Lehrkräftebedarf. Wie steht Ihre Partei zu folgenden Forderungen des SLLV in diesem Zusammenhang:*

**Die Linke**

s. a. alle vorhergehenden Ausführungen.

Wir unterstützen die Forderungen des SLLV voll umfänglich, sehen die Notwendigkeit und werden weiter dafür eintreten.

**Darüber hinaus wollen wir zusammenfassend:**

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse und mit Sprachdefiziten steigt an unseren Schulen. Hier braucht es schnelle Lösungen, damit die individuelle Förderung besser gelingt. Die Sprachförderung ist Aufgabe des Regelunterrichts und muss im Rahmen von „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ) schulformübergreifend unterstützt werden.

**Wir wollen**

**-** die Einrichtung der Studienfächer „DAZ / Sprachförderung“ als Lehramtsstudiengang.

**-** die Schaffung nachvollziehbarer Einstellungskriterien von Sprachförderlehrkräften.

**-** unbefristete Stellen für Sprachförderlehrkräfte, damit Sprachförderung Kontinuität hat.

**Multiprofessionelle Teams - endlich Realität werden lassen**

Seit Beginn der Legislaturperiode spricht die Große Koalition im Land von multiprofessionellen Teams zur Unterstützung der Schulen. Leider ist das versprochene ‚Kollegium der Zukunft‘ mit vielen Kräften in multiprofessionellen Teams nach wie vor Zukunftsmusik. **Wir wollen**

für alle Schulformen multiprofessionelle Teams als Unterstützungssysteme mit mehr Lehrkräften aus dem Bereich der Sprachförderung, der Sozialpädagogik, der Sonderpädagogik sowie medizinischen und therapeutischen Kräften auf den Weg bringen.

* ***Ausweitung der Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen an der Universität des Saarlandes***

**CDU**

Wir stimmen dieser Notwendigkeit zu und planen für die nächste Legislaturperiode einen Ausbau der Studienplätze (siehe darüber hinaus Antwort zu Frage 2.5.).

**SPD**

Die SPD steht für kleinere Klassen mit maximal 25 Schüler:innen an den Grundschulen und wird den Ganztagsanspruch an Grundschulen bis zum Jahr 2026 umsetzen. Hierfür braucht es neben der Stärkung von multiprofessionellen Teams auch mehr Lehrerinnen und Lehrer. Dafür müssen mehr Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen geschaffen werden.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Ja, von 30 auf mindestens 60 pro Semester**

**bunt.saar**

Ja unbedingt – das hätte schon vor Jahren umgesetzt werden müssen!

* ***Ausweitung der Ausbildungsplätze für die zweite Ausbildungsphase, personelle und räumliche Anpassungen im Studienseminar für die Primarstufe und im Studienseminar Sonderpädagogik***

**CDU**

Wir halten eine Ausweitung der 2. Ausbildungsstufe ebenfalls für erforderlich. Im Zuge der Neugründung des Bildungscampus bieten sich neue Möglichkeiten, die wir im parlamentarischen Verfahren begleiten.

**SPD**

Durch die Errichtung des Bildungscampus ist eine auskömmliche räumliche Situation gesichert. Im Bildungscampus kann auch die inhaltliche Verzahnung der einzelnen Studienseminare besser realisiert werden

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Zur Bebung des Lehrkräftemangels ist das sehr wichtig.

**bunt.saar**

Ja

* ***Attraktivitätssteigerung für den Beruf des Grundschullehrers durch direkte Übernahme ins Beamtenverhältnis nach der Ausbildung und gleiche Besoldung wie in anderen Schulformen***

**CDU**

Eine direkte Übernahme ins Beamtenverhältnis nach dem Referendariat unter Wahrung der Qualitätskriterien halten wir angesichts des Mangels an Grundschullehrkräften für geboten. Hinsichtlich der gleichen Besoldung siehe Antwort zu Frage 3.9.

**SPD**

Ja

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja

**bunt.saar**

Ja, unbedingt!

* **Wie werden Sie das Problem des Mangels an Sonderpädagoginnen und -pädagogen lösen? Werden Sie an Schulen und Universitäten für das Förderschullehramt werben? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Ausbildungskapazitäten erhöht werden? Werden Sie sich für Seiteneinsteigerprogramme einsetzen?**

**CDU**

Siehe Antwort zu Frage 4.2.

Angesichts des stark gestiegenen Bedarfs an Förderschullehrer/innen und des gleichzeitig bestehenden Personalmangels am Markt, planen wir wieder eine eigene Ausbildung für das Lehramt an Förderschulen im Saarland. Des weiteren möchten wir eine Informations- und Werbekampagne für das Förderschullehramt, um mehr Studierende für das Fach zu gewinnen.

**SPD**

Ja.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir werden für eine Erweiterungsausbildung für Regelschullehrkräfte in diesem Bereich sorgen, damit diese die Aufgaben des inklusiven Unterrichtens besser bewältigen können. Weiterhin werden wir bei Lehrkräften für ein Aufbaustudium werben, um dringend benötigtes Personal für Förderschulen G zur Verfügung zu haben. Außerdem ist das Einrichten eines Lehrstuhls Sonderpädagogik an der Universität des Saarlandes zu prüfen.

**bunt.saar**

Neben einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten würde es bunt.saarbegrüßen, wenn der erziehungswissenschaftliche Teil in der Lehrer:innen-Ausbildung deutlich erhöht würde.

* ***Werden Sie sich für die Einrichtung eines Lehrstuhls Sonderpädagogik an der Universität des Saarlandes einsetzen?***

**CDU**

Siehe Antwort zu Frage 4.2.

Wir planen die Einrichtung eines eigenständigen Studiengangs für das Lehramt an Förderschulen. Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Sonderpädagogik halten wir für sinnvoll, auch um den Lehramtsstudierenden aller anderen Schulformen die dringend benötigten Kenntnisse im Bereich der Sonderpädagogik anzubieten. Dadurch könnten auch wichtige Querschnittsaufgaben der Inklusion gelehrt werden.

**SPD**

Ja

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Ebenso sollen die Studiengänge für alle Schulformen um diese Bereiche „Förderdiagnostik, Fördern“ erweitert werden.

**bunt.saar**

Ja!